Fernsprech-Stellen
11 Amt., 582 Amt.-Dresden.

Abonnement vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf. durch die Post M. 1.75. — Inserate Annahme: 14 Uhr Nachmittags 3 Uhr, Sonntags bis 12 Mitt. Im Amtsbezirk für Abonn. 5 nur an Wochentagen bis 9 Uhr Abends. Die 6spaltige Petitzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., für Dresden oder nach Festtagen 20 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Inserations-Aufträge gegen Pränumerandozahlung durch Briefmarken od. Betragzahlung. Inserate nehmen an: Annoncen-Expedit. von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., Gustav Daube, G. L. Daube & Co., A. Retter, Berlin, A. Barck, Halle, A. Krabt-Berlin W., A. Steiner-Bamberg, Moses Leipzig. Für Rückgabe eingef. Manuskripte keine Verbindlichkeit.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Pferdedecken, Reisedecken,
das größte Lager am Platze,
empfiehlt
W. Metzler,
Altmarkt 15.
Preisliste gratis und franco.

Erschienen bei
G. H. Rehfeld & Sohn, Hauptstraße 24,
Geschäftstaschenbuch für 1886.
Practische **Taschen-Agenda, Schreibkalender** und **Ausgabe-Notizbuch** Preis 1 Mark.

Julius Mähler
Dresden
Wilsdrufferstr. 26.
Feine Leder- und Metallwaaren
Album, Fächer
Schmucksachen
Größte Auswahl in allen Preislagen.

Lederwaaren-Specialität!
Bernhard Rüdiger,
2 Wilsdruffer Strasse 2,
zunächst dem Altmarkt.

Adolf Helm, liefert die feinsten **Oberhemden, Kragen** und **Manschetten.**
Ecke Altmarkt, Schreibergasse 1.

Nr. 351. 30. Jahrgang. Auflage: 41,500 Expl.

Aussichten für den 17. December: Windstill oder leichte von den östlichen Verhältnissen beeinflußte Strömung. Theilweise bewölkt, aber trocken. Temperatur Nachts unter Null. Bemerkung: Oertliche und zeitweise Nebelbildung.

Dresden, 1885. Donnerstag, 17. Decbr.

Abonnement.

Die geehrten auswärtigen Leser der „Dresdner Nachrichten" (mit humoristischem Beiblatt) bitten wir das

Abonnement für das erste Quartal 1886

baldigst erneuern zu wollen, damit die Nummern ohne Unterbrechung weiter geliefert werden können.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Abonnement in Dresden bei der Expedition (incl. Bringerlohn **2 Mark 50 Pf. vierteljährlich,** bei den Kaiserl. Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet **2 Mark 75 Pf.,** in der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie **2 Gulden 29 Kreuzer excl. Agiozuschlag.**

Expedition der „Dresdner Nachrichten".

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Die Gleichzeitigkeit der Budgetberathungen im sächsischen Land- und deutschen Reichstage spült eine Masse von Einzelfragen an das Ufer, denen das Publikum ebenso wenig folgen, als die Zeitungsschau diejenige Aufmerksamkeit widmen kann, welche sie verdienen. Ueber wie viele Gebiete verbreitete sich nicht allein die Berathung des Etats im Reichsamte des Innern! An einem einzigen Tage berührte man in Berlin die Organisation des Reichsgesundheitsamts, die Leichenverbrennung und die Leichenschau, das Verbot von Surrogaten beim Bier, ein Gesetz gegen Weinverfälschung, die Kostenberechnung der Aerzte bei der Unfallversicherung, die Schäden des Unterstützungswohnsitzes ꝛc. ꝛc. Im sächsischen Landtage hatte man wieder andere Gegenstände. Die übliche Gesandtschaftsdebatte fiel diesmal in der zweiten Kammer sehr kurz aus. Die Rollen der Parteien auf der Linken waren diesmal vertauscht. Früher machten die Nationalliberalen den Versuch, der Krone das Recht zu verkümmern, durch ständige Gesandtschaften in unseren Nachbarländern Oesterreich und Bayern die Interessen des Königreichs Sachsen wahrzunehmen. Insofern das Gesandtschaftsrecht als ein äußerlich wahrnehmbarer Ausdruck der Selbstständigkeit des Königreichs zu Tage tritt, muß jeder Angriff auf ersteres zu einer Schmälerung der letzteren führen. Es verdient Anerkennung, daß die Nationalliberalen in der sächsischen Kammer von diesen Angriffen zurückgekommen sind. Sie werden sich überzeugt haben, daß die Ausübung des Gesandtschaftsrechts der Krone Sachsens keinen Abbruch der Reichshoheit gethan hat, daß vielmehr eigene sächsische Gesandte in Wien und München den lebendigen Interessen unseres Landes höchst zuträglich sind. Man denke nur an die vielfachen und verschlungenen Eisenbahnbeziehungen zwischen Sachsen und dem angrenzenden österreichischen Kronland Böhmen, an den Elbverkehr, an die von Böhmen aus systematisch betriebene Einschmuggelung czechischer Elemente nach Sachsen! Schon wegen des letzteren Umstandes muß Sachsen einen eigenen Vertreter in Wien haben, der dort besser vorstellig werden kann, als wenn es durch Vermittelung des deutschen Reichsbotschafters geht. Die Entziehung des sächsischen Gesandten in Wien würde die Aufhebung des österreichischen Gesandtschaftspostens in Dresden zur Folge haben, und dieser trägt nicht nur zur Erhöhung des Glanzes der Krone Sachsens bei; er ist auch mehr als ein wesentlicher Bestandtheil des Residenz-Charakters Dresdens, er ist ein sehr nothwendiges Organ zur Förderung der glatten Erledigung der abgedachten Angelegenheiten. Die in München aber unterhaltene sächsische Gesandtschaft, die zugleich in den anderen süddeutschen Staaten beglaubigt ist, dient hervorragend dazu, eine gewisse Uebereinstimmung der Mittelstaaten in den Reichsangelegenheiten zu erzielen. Das sind so greifbare Interessen Sachsens, daß wir uns nur freuen können, daß die Nationalliberalen jetzt nicht mehr hiergegen die Augen verschließen. Umso verwunderlicher ist es, daß die Fortschrittspartei, die früher wenigstens zur Hälfte für die Gesandtschaften stimmte, jetzt sich gleich den Sozialdemokraten dagegen erklärte. Die Sozialdemokraten scheinen ganz ins einheitsstaatliche Lager abgeschwenkt zu sein.

In unserer ersten Kammer veranlaßte die Verwendung der Verwaltungsüberschüsse zur Steuererleichterung eine eingehende Debatte. Machte schon die zweite Kammer mehrere Ausstellungen gegen die vom Finanzminister vorgeschlagene Vertheilungsart, so befreundete sich die erste Kammer noch weit weniger damit. Die Verknüpfung der Angelegenheit mit der Grundsteuer war den Herren besonders anstößig. Der Großgrundbesitz möchte freilich am liebsten die Grundsteuer ganz abgeschafft wissen und er begegnet sich darin mit einer in den Hausbesitzervereinen vertretenen Richtung. Die „städtischen Agrarier" übertrumpfen ja bekanntlich in der Maßlosigkeit ihrer Ansprüche an die Allgemeinheit noch bei Weitem die Rittergutsbesitzer. Es ist aber gerade ein Vorzug des Regierungsvorschlages, daß er die Grundsteuer beibehält. Ob sich nicht eine noch bessere Vertheilung der Staatsüberschüsse auffinden läßt, das sei nicht geleugnet. Es muß auf das Ausland einen eigenthümlichen Eindruck machen, daß wir uns in Sachsen die Köpfe zerbrechen, wie wir unsere Ueberschüsse am zweckmäßigsten verwenden. Wir hoffen bestimmt, daß bei dem widerspruchsvollen Durcheinander der Ansichten mindestens der eine Gesichtspunkt festgehalten werde: daß die Staatsüberschüsse gleichzeitig zu Bildungszwecken und zur Erleichterung der Gemeindelasten verwendet werden. Aus den Erklärungen unseres Finanzministers v. Könneritz ging die tröstliche Gewißheit hervor, daß die Schuldotation nicht eine einmalige, sondern eine bleibende sein wird. Sein Grundsatz — eine Steuererleichterung gewährt man nur, wenn man überzeugt ist, daß sie von Dauer ist — entspricht so ganz der praktischen Auffassung der Finanzwirthschaft, wie sie das sächsische Volk als hervorragende Seite an der Könneritz'schen Verwaltung, neben anderen trefflichen Eigenschaften, zu schätzen gelernt hat.

Für heute steht ein Projekt auf der Tagesordnung der zweiten Kammer, welches für die Zukunft Dresdens von der größten Bedeutung ist. Es handelt sich um die Erbauung eines Winterhafens bei Riesa, die Erweiterung des Riesaer Elbbeuais und die dabei nöthigen Bahnbauten. Hierfür verlangt die Regierung die Summe von 1,400,000 M. Dagegen lehnen sich nun der Handelsstand, die Industriellen und die Gewerbtreibenden Dresdens in einer Petition auf, welche mit zwingender Ueberzeugung nachweist, daß nicht Riesa, sondern Dresden diejenige Stadt Sachsens ist, in welcher alle Vorbedingungen für die Schaffung der geplanten Anlagen zur Beförderung von Handel und Schiffahrt sich vereinigen. Die geographische Lage Dresdens, die Größe seiner Einwohnerzahl, seine Eigenschaft als Sitz der höchsten Behörden, der bedeutendsten Bankinstitute, als Centralstelle dreier Schiffahrtsgesellschaften, Knotenpunkt zahlreicher Bahnen und weitläufiger Quaianlagen mit zwei Winterhäfen bestimmen es von selbst zur Metropole des Handels. Warum will man nun Riesa als Rivalin Dresdens künstlich großziehen? Verbaut man 1½ Mill. als Hafen- und Quaianlagen in Riesa, so macht man die sächsische Grenzstadt zu einer Vorstadt Hamburgs; die Hamburger Firmen werden sich schmunzelnd die Hände reiben, daß eine solche Filiale ihres Speditionshandels ihnen in Sachsen auf sächsische Kosten eingerichtet wird, sie schicken dann höchstens ein Paar Dutzend Kommis nach Riesa und schöpfen durch sie den Rahmen von der sächsischen Sahne ab. Mächtige Quaianlagen in Riesa helfen, um es kurz zu sagen, einen nach Sachsen vorgeschobenen Brückenkopf des Hamburger Großhandels zur Lahmlegung des aufstrebenden, aber minder kapitalkräftigen sächsischen Handels! Die Erweiterung der schon vorhandenen Dresdner Quaibauten aber würde nicht blos dem Speditionsgeschäft, sondern dem eigentlichen Handel, dem Waarenhandel, der viele Hunderte von Menschen ernährt, zu Gute kommen. Die Bevorzugung der sächsischen Grenzstadt Riesa ist noch in dem inzwischen aufgegebenen Nachglanz der unglückseligen früheren sächs. Verkehrspolitik gedacht, welche die Eisenbahnen bis ins Ausland baute und damit auf Kosten des Inlands den Grenzstädten Bodenbach, Hof, Görlitz zu hoher wirthschaftlicher Blüthe verhalf. Die Vernachlässigung Dresdens zum Vortheile Riesa's ist geeignet, die Bewohnerschaft der Residenz mit banger Sorge in die Zukunft blicken zu lassen. Die Dresdner Petition hat Hand und Fuß; sie ist von den ersten Firmen des Handels- und Industriestandes Dresdens unterzeichnet worden — man findet als Unterschriften eine Elitevsammlung der Dresdner Geschäftswelt. Es ist das erste Mal, daß die Dresdner Kaufmannschaft bittweise vor den Landtag tritt. Die Landstände können sie unmöglich überhören oder bei Seite schieben wollen. Zunächst ersucht die Dresdner Petition auch nur um Aufschub der Entscheidung. Das ist mehr als ein billiger Wunsch, das ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Unser Handelsstand ist von dem Plane der Regierung überrascht worden. Vor dem Einbringen des Budgets hatten wohl nur Wenige Kenntniß davon, welche schwere Schädigung des Handels und der Industrie Sachsens im Anzuge sei. Das Bekanntwerden dieser Gefahr hat genügt, eine Kundgebung ins Werk zu setzen, die wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes und der Bedeutung der Petenten ins Gewicht fällt. Noch ehe aber die Dresdner Bevölkerung eingehend mit der Sache selbst sich zu beschäftigen Gelegenheit hat, soll die zweite Kammer schon ihre Entscheidung treffen? Das wäre eine Verletzung der Interessen Dresdens, die es nicht verdient hat. Nicht machen der Finanzdeputation keinen Vorwurf daraus, daß sie rasch an die Berathung der Elbquaibauten herangetreten ist. Aber für Dresden ist die Angelegenheit überraschend gekommen. Der Deputation ist noch nicht der entscheidende oberste Gesichtspunkt vorgetragen worden, daß die Elbquaibauten, wenn sie nach Riesa kommen, so viel bedeuten, als daß wir Sachsen mit unseren Landesmitteln dem Hamburger Großhandel die Möglichkeit verschaffen, den vaterländischen Handel zu unterbinden. Es steht nicht ein spezielles Dresdner Interesse, es steht das gemeinsame Landeswohl auf dem Spiele. Die zweite Kammer kann nicht einen anderen Staat auf Kosten des eigenen Landes begünstigen wollen. Diesen Gesichtspunkt hat sich die Finanzdeputation noch nicht genügend klar gemacht. Dresden darf wohl der Erwartung leben, daß die Kammer in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache und der äußeren Umstände nicht die Entscheidung über's Knie bricht und nicht in Ueberstürzung einen geradezu gar nicht wieder gut zu machenden schweren Schlag gegen die Zukunft Dresdens und das Wohl des Landes führt.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 16. Decbr.

Berlin. Eingegangen: Zusammenstellung der in den einzelnen Bundesstaaten geltenden Bestimmungen hinsichtlich der Sonntagsruhe. Der Reichstag setzt die Berathung des Militäretats fort. (Ref. Abg. v. Köller). Bei den Wohnungsgeldzuschüssen werden in Konsequenz früherer Beschlüsse 8580 Mk. abgesetzt. Der Rest des Ordinariums, laufende Ausgaben, giebt zu keiner Bemerkung Anlaß. Bei den einmaligen Ausgaben werden von der zur Beschaffung von Konservevorräthen als erste Rate angesetzten Summe von 1,785,500 Mk. 728,500 Mk. abgesetzt, ebenso 300,000 Mk. erste Rate (zum Terrainerwerb und zur Projektbearbeitung) zum Neubau eines Kasernements nebst Zubehör für die 2. Abth. des 2. Garde-Feld-Artillerie-Regiments in Berlin, 100,000 Mk. erste Rate (zugleich Baurate) zum Neubau einer Kaserne für eine Kompagnie Fuß-Artillerie und den Stab eines Fuß-Artillerie-Regiments in Magdeburg und 15,000 Mark erste Rate zum Terrainerwerb und zur Projektbearbeitung zum Neubau eines Kasernements für 1½ Kompagnie Infanterie in Sondershausen. Zum Neubau eines General-Kommando-Dienstgebäudes für das 5. Armeekorps in Posen, einschließlich Ergänzung des Mobiliars, werden als 2. (1. Bau-) Rate 300,000 Mk. gefordert. Die Kommission beantragt Ablehnung. — Abg. v. Staudy (kons.) befürwortet Genehmigung, weil eine weitere Hinausschiebung des Neubaues schwere Gefahren im Gefolge haben würde. Abg. Dr. Meyer (d.-fr.) bestreitet nicht die Nothwendigkeit eines Neubaues, aber angesichts der jetzigen Finanzlage müsse derselbe noch ein Jahr hinausgeschoben werden. Bis dahin werde das alte Gebäude wohl nicht einstürzen. — Bundeskommissar Oberstleutnant Schulz: Das Dach könne unter keinen Umständen länger gehalten werden. Eine kostspielige Reparatur, die den Neubau doch nicht auf die Dauer verhinderte, liege nicht im finanziellen Interesse. — Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf stellt den Abg. Dr. Meyer gegenüber in Abrede, daß die einmaligen Ausgaben für Neubauten übermäßig angewachsen seien. Abgg. Meyer, Hermes, Dr. Hammacher und Dr. Lingens erklären, daß das Gebäude zu luxuriös projektirt und die ausgeworfene Summe zu hoch sei. Der Kommissionsantrag wird angenommen, die Forderung also abgelehnt. Abgelehnt werden ferner folgende erste Raten: 183,000 Mk. zum Neubau einer Kaserne für eine Eskadron in Düsseldorf, 100,000 Mk. zum Neubau einer Kaserne für 3 Kompagnien Infanterie in Minden, 15,000 Mk. zum Neubau eines Landwehr-Dienstgebäudes in Reuß und 10,000 Mk. für ein dergl. Gebäude in Köln. Gestrichen werden weiter 57,000 Mk. von der zu größeren Neu- und Umbauten auf den Remontedepots angesetzten Summe von 150,000 Mk., die Forderung für eine Kavalleriekaserne in Darmstadt und für einen Exerzier- und Turnplatz in der Kadettenanstalt Lichterfelde, der nicht weniger als 574,800 Mk. kosten soll. Entgegen dem Kommissionsantrage wird für ein Artilleriedepot-Dienstgebäude in Thorn die erste Rate mit 61,000 M. bewilligt. Im sächsischen und württembergischen Etat werde die zur Beschaffung von Konservevorräthen angestellten Summen von 85,000 bez. 70,000 Mark gekürzt. Der Rest soll im nächsten Etatjahre bewilligt werden. Beim Extra-Ordinarium, an dem Sachsen diesmal nicht partizipirt, werden gestrichen: Für die Garnisonskirche in Straßburg i. E. 121,000 Mk. als erste Rate, für die Unteroffizierschule in Neubreisach 280,000 Mk., die Kasernenbauten in Berlin, Ratibor, Leobschütz, Kassel und Schwetzingen. Von der für Erweiterung bez. Neuerwerbung von Artillerieschießplätzen angesetzten Summe von 4,444,001 Mk. werden nur 3 Millionen bewilligt. Damit ist der Militäretat erledigt. Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf den 8. Jan. k. J. mit der Tagesordnung, Wahlprüfung und Etat an.

Berlin. Dem Reichstage ging die Berechnung der Matrikularbeiträge für 1886/87 zu. Die Gesammtsumme beträgt 144,010,004 Mk., hiervon fallen auf Sachsen 8,100,828 Mk., d. i. 1,300,608 Mk. mehr als 1885. Der Betrag wird sich indeß durch Streichungen des Reichstags nicht unbeträchtlich reduziren. — Die polnische Fraktion brachte noch vor Thoresschluß den Antrag ein, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Ausführung des Artikels 4.1 der Reichsverfassung einen Gesetzentwurf vorzulegen, worin den fremden Unterthanen, insofern dieselben die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht gefährden, freier ungehinderter Aufenthalt im Reichsgebiet gewährleistet und zweitens den Stipulationen der Wiener Verträge, welche den Bewohnern der ehemaligen polnischen Landestheile innerhalb des preußischen Staatsgebietes Freiheit des Verkehrs und Aufenthalts garantiren, genügend Rechnung getragen wird. — Die „Nat. Ztg." verurtheilt den Antrag der freisinnigen Fraktion gegen die polnischen Ausweisungen als einen rein agitatorischen und konstatirt, daß selbst in Berlin anwesende Mitglieder der freisinnigen Fraktion von der beabsichtigten Einbringung nicht unterrichtet waren. — In der Arbeiterschutzkommission des Reichstages beantragten die Centrumsmitglieder die Vermehrung der Fabrikinspektoren und der Verkleinerung der Aufsichtsbezirke, sowie Vorlegung eines Gesetzentwurfs, welcher Gewerbegerichte obligatorisch einführt mit der Maßgabe, daß die Mitglieder derselben zu gleichen Theilen von den Arbeitgebern und Arbeitern in getrennten Wahlkörpern in gleichzeitiger geheimer Abstimmung gewählt werden können.

Braunschweig. Das hiesige Tageblatt meldet: Infolge des in der bekannten Prozeßsache des Waisenhauses gegen den König von Sachsen und den Herzog von Cumberland abgeschlossenen Vergleiches hat gestern auch der Herzog von Cumberland 75,000 Mark an das Waisenhaus auszahlen lassen.

Halle. In dem Diätenprozeß des Fiskus gegen Hasenclever findet am 13. Febr. in Naumburg ebenfalls ein Termin zur zweitinstanzlichen Verhandlung statt.

München. In der Abgeordnetenkammer trennten sich die freisinnigen Mitglieder von der Gruppe Marquardsen und Schauß, um eine selbstständige Vereinigung zu bilden. Diese Sezessionisten vertreten sämmtlich fränkische Wahlkreise.

Paris. Minister Goblet theilte in der Kammer einige scharfe Briefe von Bischöfen mit, die ihm als Antwort auf sein Wahlrundschreiben zugegangen sind.

Berliner Börse. Das Hauptinteresse konzentrirte sich anfangs auf Anmeldung der neuen 5prozentigen russischen Goldrente, die, in ziemlich bedeutenden Beträgen gehandelt, etwas über dem ersten Anmeldekours von 91½ Proz. notirten. Sonst war die Haltung abwartend. Ein zeitweises stärkeres Angebot vermochte indeß die Kourse nicht erheblich zu drücken. Später wurde die Haltung fest, die Kourse zogen allenthalben an, der Verkehr blieb indeß gering. Das Kassageschäft war ruhig, die Kourse vorwiegend behauptet. Privatdiskont 3¼ Prozent.

Frankfurt a. M., 16. December. Credit 237½. Staatsbahn 222½. Lombarden 109½. Galizier —,—. Egypter 64½. 4proc. Ungar. Goldrente —, Gotthardbahn —,—. Disconto 90,30. Darmstädter —. Fest.

Wien, 16. December. Credit 294,60. Staatsbahn 276,75. Lombarden 134,50. Nordwestb. 169,25. Marknoten 61,80. Ung. Credit 298,50. Ruhig.

Paris, 16. Decbr. Schluß. Rente 80,15. Anleihe 109,20. Italiener 97,40. Staatsbahn 562½. Lombarden 281½. do. Prioritäten —,—. Spanier 55½. Oest. Goldrente —. Egypter 333,00. Ottomanen 506,60. Fest.

London, 16. December, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 99½, 1873er Russen 95½. Italiener 96½. Lombarden 11½. Rumän. Türken 14½. 4proc. fundirte Amerikaner 126. 4proc. Ungar. Goldrente 80,75. Oesterr. Goldrente 88. Preuß. Consols 104½. Egypter 64. Ottomanbank 37½. Suez-Actien 84. Platzdiscont 1½. — Silbernuntz: Ruhig. Wetter: Schön.

Breslau, 16. December, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. December-Januar 37,70, pr. April-Mai 40,50, pr. Mai-Juni 40,70. Roggen pr. April-Mai 125,00, pr. Mai-Juni 132,00. Rüböl loco pr. December 134,00, April-Mai 46,50. Zink fest. — Wetter: Thauwetter.

Stettin, 16. Decbr., Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen behauptet, loco 134—147, pr. December-Januar 154,50, pr. April-Mai 156,50. Roggen unverändert, loco 120—123,00, pr. December-Januar 123,50, pr. April-Mai 130,00. Rüböl matt, loco pr. December-Januar 44,50, pr. April-Mai 45,20. Spiritus fest, loco 38,50, pr. December-Januar 38,80, pr. April-Mai 41,10, pr. Juni-Juli 42,50. Petroleum loco 12,10.

London, 16. December. Schluß. Getreide ruhig, träge. Gerste, Mais Tendenz niedriger. Hafer, Bohnen, russischer Hafer trägest. — Wetter: Schön.

Lokales und Sächsisches.

— Am Dienstag ist in Lissabon der Vater der hochseligen Frau Prinzessin Georg, Se. Maj. der König Ferdinand von Portugal, August Franz Anton, Herzog zu Sachsen, verschieden. König Ferdinand ward am 29. Oktober 1816 geboren und legte i. J. bekanntlich freiwillig die Regierung nieder. Er war früher öfter in Dresden zu Besuch und ein überaus kunstsinniger Herr. Namentlich liebte er Spaziergänge im Großen Garten und ganz besonders interessirte er sich für den Zoologischen Garten, den er fast täglich während seiner Besuche hier beehrte und in welchem er fast jedes der Thiere ganz speziell kannte.

— Dem Oberstleutnant v. Issendorff im 1. (Leib)-Grenadier-Regiment Nr. 100 ist von Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Schaumburg-Lippe das Ehrenkreuz 1. Klasse verliehen worden.

— Eine für Dresden hochwichtige Frage steht heute (10½ Uhr) auf der Tagesordnung der 2. Kammer: Soll künftig Dresden oder Riesa der Hauptplatz für den sächsischen Elb- und Umschlagsverkehr sein? Durch Dekret der Staatsregierung werden 1,400,000 Mk für Hafen- und Quaianlagen in Riesa verlangt; die Finanzdeputation der 2. Kammer hat nach eingehender Berathung und nach Vernehmung mit den Kgl. Kommissaren die Vorlage einstimmig zur Genehmigung empfohlen. Mittlerweile ist ein erheblicher Einspruch von Seiten einer großen Anzahl Dresdner Firmen und Korporationen noch in der 12. Stunde durch eine an die

Weihnachts-Ausstellung der Kgl. Hofbuchhandlung
vom Hermann Burdach — Warnatz & Lehmann —
Schlossstrasse 18, gegenüber dem Kgl. Schlosse. Fernsprechstelle 132.